

A1 Positionspapier zur Kenia-Koalition

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 19.01.2018
Tagesordnungspunkt: 2. Aussprache zur Landesregierung

1 Ein Drittel der Legislatur ist vorüber. Für die deutschlandweit einzigartige
2 Dreier-Koalition ist es – angesichts massiver und wiederkehrender Angriffe auf
3 das Projekt aus der CDU heraus – Zeit eine Zwischenbilanz zu ziehen.

4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich zur Zusammenarbeit mit CDU und SPD bereit
5 gefunden, weil wir Verantwortung tragen, dem Rechtsruck ein Bollwerk
6 entgegenzusetzen. Verantwortung zu tragen und als demokratische Parteien zum
7 Wohle unseres Landes zusammenzuarbeiten, war und ist unser Ziel.

8 Doch der Zusammenhalt in der Kenia-Koalition bröckelt bedrohlich. Das beständig
9 unzuverlässige Verhalten einiger CDU-Abgeordneter gefährdet den Konsens der drei
10 Koalitionspartner und den Geist der Koalition. Schon die Wahl von Reiner
11 Haseloff zum Ministerpräsidenten gelang erst im zweiten Wahlgang. Immer wieder
12 sind Situationen eingetreten, in denen größere Teile der CDU-Fraktion im Landtag
13 entgegen der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages mit der AfD stimmten: Bei
14 Einsetzung der Enquete Linksextremismus konnte die AfD Stimmen auch aus einem
15 Großteil der CDU-Fraktion verbuchen. Als die AfD unseren Parlamentarischen
16 Geschäftsführer Sebastian Striegel erst missbilligen und später aus der
17 Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) abwählen wollte, enthielt sich
18 zunächst ein Drittel der CDU-Abgeordneten. Im Abwahlverfahren stimmten
19 mutmaßlich mehrere CDU-Fraktionäre für den AfD-Antrag oder enthielten sich. Die
20 Abwahl Striegels scheiterte erwartbar am fehlenden Quorum. Eine eigene Mehrheit
21 der Mitglieder des Hauses brachte die Koalition aufgrund der abweichenden
22 Haltung der CDU jedoch nicht auf. Eben diese Mehrheit fehlte zunächst auch bei
23 der Wahl unserer Fraktionsvorsitzenden Cornelia Lüddemann zum stellvertretenden
24 Mitglied der PKK. Teile der CDU verweigerten sich dem Wahlvorschlag ihres
25 Koalitionspartners einzig, um die Koalition zu schwächen.

26 Einzelne Abgeordnete der CDU gefallen sich in regelmäßigen verbalen Angriffen
27 auf die grüne Regierungsarbeit. Tatsächliche Führungsarbeit der aktuellen
28 Partei- und Fraktionsspitze, diese Abweichler einzubinden, ist nicht erkennbar.
29 Die eklatante Führungsschwäche insbesondere innerhalb der CDU bringt die erste
30 schwarz-rot-grüne Koalition immer wieder an den Rand des Scheiterns.

31 Wir GRÜNE sind Stabilitätsanker der Koalition. Wir GRÜNE haben in den letzten
32 knapp zwei Jahren mehrfach unter Beweis gestellt, was es heißt, in einer
33 Koalition miteinander Verantwortung zu übernehmen. Wir verteidigen die Koalition
34 nach innen und außen. Wir finden – auch auf schwierigen Feldern z. B. im Zuge
35 des Weiterbaus der Autobahn 14 oder in der Innen- und Rechtspolitik –
36 Kompromisse, die tragen. Ökonomie und Ökologie sind für uns kein Gegensatz. Wir
37 GRÜNE denken Natur- und Artenschutz mit wirtschaftlicher Entwicklung unseres
38 Landes zusammen. Es war unsere Ministerin Claudia Dalbert, die einen Kompromiss
39 zwischen dem Erhalt von Feldhamsterpopulationen und der möglichen Ansiedlung von
40 Unternehmen in Sangerhausen vermittelte. Nur der angebliche Investor war
41 nirgends gesehen. Irritiert sind wir auch über Äußerungen des CDU
42 Generalsekretärs Sven Schulze, die Zuschüsse für Miteinander e. V. streichen zu
43 wollen. Angesichts des Einzugs der demokratiefeindlichen AfD in die Parlamente

44 Deutschlands brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Engagement – und damit
45 auch Ressourcen – für zivilgesellschaftliche Projekte!

46 Statt die gemeinsam im Koalitionsvertrag von allen drei Partnern festgehaltenen
47 Projekte mit Tatkraft anzugehen, wird nicht nur beim Planungsvorhaben in
48 Schierke versucht, vertragswidrig Druck auf uns GRÜNE aufzubauen. Der in Zeiten
49 der Klimakrise wahnwitzige, ökologisch fragwürdige und auch ökonomisch unsinnige
50 Ski-Zirkus in Schierke hat es aus guten Gründen nicht in den gemeinsamen
51 Koalitionsvertrag geschafft. Wir wissen, dass es in dieser Frage
52 unterschiedliche Ansichten zwischen CDU, SPD und GRÜNEN gibt. Wir GRÜNE wollen
53 Schierke entwickeln. Das kann nur gelingen, wenn die Natur im Harz in ihrer
54 Schönheit und Artenvielfalt erhalten bleibt. In der Regierungsarbeit hatten wir
55 uns darauf geeinigt, das Ergebnis des Gutachtens des Thünen-Instituts zu
56 akzeptieren. Mit Vorlage des Gutachtens ist klar: Eine Genehmigungsfähigkeit für
57 den Bau einer Seilbahn und Skipiste durch den Moorwald ist aktuell nicht
58 gegeben. Der Ball liegt nun beim Investor und dem von Minister Weibel geführten
59 Ministerium für Verkehr und ländlicher Raum – seine Behörde muss das
60 Raumordnungsverfahren zügig abschließen. Dass der Ministerpräsident sich in der
61 untergeordneten Frage eines Flächentausches nun zur Ausübung seines
62 Weisungsrechtes hinreißen lässt, zeigt, wie stark die zentrifugalen Tendenzen
63 in der CDU-Fraktion inzwischen sind und welchen Druck die Abweichler bei der CDU
64 inzwischen ausüben können. Die fehlende Führung bei der CDU gefährdet die
65 Zusammenarbeit.

66 All diese Vorgänge stellen die Arbeitsbasis unserer Koalition mit CDU und SPD
67 grundsätzlich infrage. Ein einfaches „Weiter so“ kann keine Antwort sein.

68 Das Fass ist voll und es liegt an der CDU, es am Überlaufen zu hindern. Wir
69 brauchen von der CDU ernsthafte Signale der Zuverlässigkeit. Wir wollen die im
70 Koalitionsvertrag niedergeschriebenen Projekte gemeinsam mit den
71 Koalitionspartnern umsetzen. In Zukunft muss es Standard werden, dass man sich
72 gegenseitig stützt – und nicht beharkt! -, um dieses Ziel zu erreichen.

73 Denn trotz aller Wirrungen haben wir gleichwohl einiges umsetzen können:

- 74 - der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft
- 75 - das Umweltsofortprogramm
- 76 - die Leitlinie Wolf und die Gründung des Kompetenzzentrums
- 77 - die Verbesserungen beim naturnahen Hochwasserschutz und der Moderationsprozess
78 an der Selke
- 79 - eine Radverkehrs-Koordinatorin für Sachsen-Anhalt, die Verdreifachung der
80 Ausgaben für den Radwegebau an Landesstraßen
- 81 - das Junglandwirte-Programm
- 82 - ein Ladeinfrastruktur-Konzept für E-Autos
- 83 - die Verbesserung der Situation für die Hebammen
- 84 - die individuelle Polizeikennzeichnung
- 85 - die Stärkung der kommunalen Demokratie
- 86 - die Wiedereinrichtung der Stelle der Landesbeauftragten für Frauen und
87 Gleichstellungspolitik
- 88 - die Einrichtung einer unabhängigen Koordinierungsstelle für LSBTTI*
- 89 - ein neues Finanzausgleichsgesetz und mehr Geld für die Kommunen
- 90 - die Schaffung neuer Stellen bei der Polizei und mehr Lehrerstellen an den
91 Schulen
- 92 - die Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen.

93 Das alles sind Beispiele dafür, was auch in schwierigen Koalitionen mit grüner
94 Beteiligung gelingen kann. Aber das ist noch nicht alles. Wir fordern neben der
95 oben erwähnten besseren Unterstützung der Zivilgesellschaft die gemeinsame
96 Umsetzung des Grünen Bandes, die Verstetigung des sehr erfolgreichen
97 Umweltsofortprogramms, um gerade an den kleinen Gewässern die Gewässerqualität
98 und den Artenreichtum wieder herzustellen sowie Natur pflegen zu können, und
99 einen zeitlich befristeten Ausbau der Studienplätze für angehende Lehrer*innen,
100 damit mittelfristig der Lehrer*innenmangel aus eigener Kraft behoben werden
101 kann. Bei der Einstellung von mehr Lehrer*innen müssen den Worten des
102 Bildungsministers endlich Taten folgen.

103 Wir wollen weiter Verbesserungen für Menschen und Umwelt in Sachsen-Anhalt
104 erreichen. Wir wissen, dass jeder Koalitionspartner sich wiederfinden muss. Doch
105 es braucht ein glaubwürdiges Signal der CDU, dass sie in Gänze mit uns den im
106 Koalitionsvertrag vereinbarten Weg gehen wollen.